

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation. (II): Die KP als Teil des nationalpatriotischen Lagers

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1995). *Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation. (II): Die KP als Teil des nationalpatriotischen Lagers.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 70/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45925>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation

Teil II: Die KP als Teil des nationalpatriotischen Lagers

Zusammenfassung

Unter Beimischung orthodox-kommunistischer und "sozialdemokratischer" Elemente dominieren in der KPRF-Programmatik eindeutig nationalpatriotische Grundpositionen, wobei die Partei zum "nationalen Befreiungskampf" gegen das Jelzin-Regime aufruft. Ideologisch knüpft die KPRF an traditionelle, von der "russischen Idee" abgeleitete vorrevolutionäre Werte an. Diese Idee beruht auf der Vorstellung, daß Rußland im Zeichen seiner genuinen Kulturtradition einen historischen Sonderweg eingeschlagen hat und einen spezifischen, "eurasischen" Zivilisationstyp darstellt, der sich von dem Modell der liberalen Demokratie westlicher Prägung wesentlich unterscheidet. In diesem Zeichen setzt sich die KPRF für die Wiederherstellung der Größe Rußlands ein - durch freiwillige Reintegration der GUS-Staaten zu einer erneuerten Union und durch Betonung der Rolle Rußlands als einer gegenüber dem Westen zivilisatorisch eigenständigen, konkurrierenden Großmacht. Dennoch droht bei wachsendem Einfluß der KPRF nicht zwangsläufig eine Neuauflage der alten Konfrontationspolitik. Vermutlich wäre es ein Kurs zwischen Kooperation und Konflikt, der die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen unter einer von der KPRF maßgeblich beeinflussten Regierung bestimmen würde.

Nationalpatriotische Grundpositionen

In der vorangegangenen Aktuellen Analyse (Nr. 69/1995), die sich mit dem Organisationsgefüge und den innerparteilichen Strömungen der KPRF befaßte, wurde darauf verwiesen, daß in ihr orthodox-kommunistische und "sozialdemokratische" Elemente koexistieren. Dies scheint zunächst ein Widerspruch, doch löst er sich rasch auf, wenn man sich vor Augen führt: Beide Elemente bilden in der KPRF-Programmatik¹ keinen Wert an sich, sondern fügen sich ein in eine entschieden national-patriotische Grundposition². Nicht die Errichtung des Kommunismus in Rußland oder umgekehrt die Eingliederung des Landes in die Gemeinschaft westlicher Demokratien ist das Ziel der KPRF, sondern die Wiedererrichtung der Größe Rußlands auf den Grundlagen der spezifischen historischen Werte des Landes. In diesem Kontext sind Innen- und Außenpolitik eng miteinander verflochten: Die Besinnung auf die traditionellen Werte Rußlands dient als Kraftquell für eine eigenständige Großmachtrolle des Landes; diese wiederum gilt als zentrale Voraussetzung dafür, daß Rußland vor materieller Ausplünderung und geistiger Kolonisierung durch den Westen geschützt wird. In diesem Zeichen stellt die KPRF ihre Politik laut Programm in den Dienst eines "nationalen Befreiungskampfes des russischen Volkes" zum Sturz des Jelzin-Regimes, handelt es sich hierbei doch laut KPRF-Chef Sjuganow um eine "kriminell-bürokratische Diktatur", um eine "Partei des Bürgerkriegs".³ Darüber hinaus gibt dieses Regime - so die Argumentation der KPRF-Rußland fremden Einflüssen preis und macht es damit wehrlos gegen Bestrebungen des Westens, unter dem Deckmantel der Partnerschaft seine internationalen Machtpositionen auf Kosten Moskaus zu erweitern. Damit setzt der Westen seine bereits in der Perestrojka-Periode erprobte Strategie fort, das Land von innen her zu unterminieren und in seine Abhängigkeit zu zwingen. Denn nicht als Folge struktureller Fehlentwicklungen oder in offener Konfrontation mit äußeren Gegnern sei die Sowjetunion untergegangen, analysieren die Kommunisten, sondern durch einen gigantischen Verrat der Gorbatschow-Führung, die das Land gegenüber dem Westen ideologisch-politisch wehrlos gemacht habe.⁴ Vieles in dieser Polemik erinnert an die "Dolchstoßlegende", die den deutschen Rechtsextremisten nach dem Ersten Weltkrieg als Instrument diente, um die Weimarer Republik und deren Anhänger zu diskreditieren und zu vernichten.⁵ Welches sind die zentralen Argumentationsmuster des KPRF-Programms für den anvisierten "nationalen Befreiungskampf" zur Rettung Rußlands?

Den Schlüsselbegriff der KPRF für die innere Entwicklung bildet die "russische Idee", die sich für die KPRF weitgehend mit der sozialistischen Idee deckt. Die "russische Idee" beruht auf der Vorstellung, daß Rußland im Zeichen seiner genuinen Kulturtradition einen historischen Sonderweg eingeschlagen hat und einen spezifischen, "eurasischen" Zivilisationstyp darstellt, der sich von dem Modell der liberalen Demokratien westlicher Prägung wesentlich unterscheidet. "Russische Geistigkeit gegen westlichen Materialismus" - diese plakative, aus der Geschichte wohlbekannte Formel ist das Leitmotiv der KPRF. Zur Fundierung solcher Argumentationsmuster verweist Sjuganow u.a. darauf, daß bereits Karl Marx in seiner Antwort an Vera Sassulitsch einen besonderen Entwicklungsweg für Rußland ins Auge gefaßt habe (was so nicht stimmt, denn Marx reagierte eher ambivalent). Ähnlich wie in der deutschen Tradition des "Sonderweges" wird dem (negativen) Begriff der "Gesellschaft" der positiv besetzte Begriff der "Gemeinschaft" entgegengestellt; die westliche liberal-individualistische Geisteshaltung und Lebensweise erscheint als unvereinbar mit der Mentalität des russischen Volkes. Dem russischen Volk entsprechen vielmehr eigene, historisch gewachsene Werte, die mit Begriffen aus der Zeit vor der Oktoberrevolution umschrieben werden: narodnost' (Volksverbundenheit), obščnost' (Gemeinschaftlichkeit), duchovnost' (Geistigkeit) und deržavnost' (Reichsdenken). Sie schließen auch die Brüderlichkeit der russischen Ortho-

¹ Grundlegend das KPRF-Programm vom Januar 1995, in: Pravda, 31.1.1995, sowie die Wahlplattform vom August 1995, in: Dialog (Moskau), Nr. 10/1995, S. 3-9.

² Vgl. hierzu auch V. Oittinen, Ein populistischer Zwitter. Rußlands KP zwischen Leninismus und Staatspatriotismus, in: Blätter zur deutschen und internationalen Politik (Bonn), Nr. 5/1995, S. 946-955, hier S. 949f.

³ O politiëskom momente, Kompartii i ee programme, Rede auf der Allrussischen Konferenz der KPRF vom April 1994, in: Dialog, Nr. 4-6/1995, S. 35-41, hier S. 39.

⁴ KPRF-Programm vom Januar 1995, a.a.O., sowie - noch akzentuierter - Zjuganov, O politiëskom momente..., a.a.O., S. 36 ff.

⁵ Vgl. hierzu L. Luks, Kommunisten und Faschisten, FAZ, 19.11.1994.

doxie ein (Sjuganow: "Der erste Kommunist war Jesus Christus"¹). Der Kollektivismus sowjetsozialistischen Typs schließlich erscheint in dieser Sicht als zeitgemäße Variante spezifisch russischer Werte. So ist der Sozialismus "nicht mehr ein Resultat der universalgeschichtlichen Entwicklung der Menschheit, wie noch in der marxistisch-leninistischen Theorie der KPdSU, sondern etwas Partikulares, das mit den eigenen Traditionen Rußlands, mit dem Volkscharakter und einem 'eurasischen' Zivilisationstyp zusammenhängt".² In den Vorstellungen der KPRF schafft die Besinnung auf die genannten vorrevolutionären Werte, gepaart und angereichert mit sozialistischen Werten sowjetkommunistischen Typs, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des zentralen Ziels der Partei: die Wiedererrichtung einer starken, in der organischen Gemeinschaft verankerten Staatsmacht (deržava) in Rußland. Von einem Absterben des Staates, wie es Marx, Engels und auch noch Lenin als konkrete Utopie vorschwebte, ist in den KPRF-Dokumenten keine Rede mehr.³

Rußland als "geopolitischer Stabilitätsfaktor"

Die so konsolidierte Staatsmacht soll nicht nur die innere Gesundheit sichern, sondern Rußland auch nach außen als respektierte Großmacht mit eigenen Interessen und Einflußzonen ausweisen. Eine zentrale Aufgabe bildet dabei für die KPRF die Aufkündigung der Abmachungen zur Auflösung der UdSSR und die Wiederherstellung der Sowjetunion in den Grenzen von 1991 - auf freiwilliger Grundlage, wie sie betont. Den Kern dieser neu erstandenen Sowjetunion bildet das russische Volk in seinen "großrussischen, kleinrussischen [= Ukraine, H.T.] und weißrussischen" Komponenten (dieser Passus des Programmentwurfs wurde allerdings aus der Programm-Endfassung herausgenommen, da er in seiner ethnozentristischen Stoßrichtung die nichtrussischen Völkerschaften der GUS eher verschreckte⁴). Vor diesem Hintergrund ist es durchaus folgerichtig, daß die KPRF ihre Wahlplattform unter die Losung stellt: "Für unsere sowjetische Heimat!"⁵

Das Verhältnis zum Westen, so fordert die KPRF in ihrem Programm, darf nicht länger durch eine Politik geprägt sein, die die staatliche Souveränität Rußlands untergräbt und das Land zum halbkolonialen Rohstofflieferanten degradiert. Notfalls müßten die nationalstaatlichen Interessen Rußlands durch Annullierung solcher Verträge und Abmachungen gesichert werden, die den Interessen Rußlands schaden. In einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel "Fragmente der Geopolitik" führte Parteichef Sjuganow den Anspruch Rußlands auf den Status einer eigenständigen Großmacht weiter aus, indem er ihn (wie die übrigen Nationalpatrioten) geopolitisch/zivilisatorisch begründete und nicht länger (wie die KPdSU-Kommunisten) in den Kategorien des Klassenkampfes.⁶ Danach entstehen bei der Herausbildung einer neuen globalen Infrastruktur mehrere "Kraftzentren" mit je eigenen Verantwortlichkeiten und Einflußzonen. Eines dieser Kraftzentren werde Moskau sein, denn "historisch ist Rußland der Hauptträger des slawischen, kulturhistorischen Typs, der gesetzmäßige Erbe der zweitausendjährigen Zivilisation der frühchristlichen apostolischen Gemeinden, der Kiewer Rus, des Moskauer Zentrums, des Russischen Imperiums und der UdSSR; geopolitisch bildet Rußland den Kern und die Hauptstütze des eurasischen Blocks, das Gegengewicht zu den Hegemonietendenzen der USA und des atlantischen Großraums". Gorbatschow habe mit seiner Politik die "eurasische Festung" Sowjetunion zerstört, schreibt Sjuganow, und Jelzin habe

¹ AP-Interview vom 29.9.1995.

² Oittinen, a.a.O., S. 954.

³ Wahlplattform, a.a.O., S. 6, sowie Rede Zjuganovs zur Feier der Oktoberrevolution, siehe I. Dunaeva, Tech, kto verit v Oktjabr' 17-go, bylo nemalo, in: Nezavisimaja gazeta (Moskau), 9.11.1995.

⁴ Der Programmentwurf vom Oktober 1994 mit dem erwähnten Zitat findet sich in: Materialy IX plenuma Central'nogo Ispolnitel'nogo Komiteta KPRF (Moskau), S. 46.

⁵ Wahlplattform, a.a.O., S. 3.

⁶ Fragmenty geopolitika, in: Dialog, Nr. 11/1994, S. 47-52. Die Betonung der spezifischen russischen Zivilisation als Gegengewicht gegen den "jahrhundertlangen messianischen Wunschtraum des Westens in Form eines liberal-demokratischen 'Paradieses auf Erden'" findet sich in Zjuganovs Beitrag: Rossija v bor'be civilizacij, in: Naš sovremennik (Moskau), Nr. 10/1995, S. 102-110, hier S. 106. Einer Anmerkung zufolge basiert der Aufsatz auf der von seinem Autor 1995 verteidigten Doktordissertation.

jene "verbrecherische geopolitische Selbstliquidierung" fortgesetzt, indem er jene Regionen von Rußland abtrennte, die heute als "Länder des nahen Auslands" bezeichnet würden. Eine zentrale Aufgabe sieht die KPRF daher darin, Rußlands alte Position als "geopolitischer Stabilitätsfaktor" in der Welt zurückzuerobern. Dabei gerät dem KP-Chef interessanterweise auch Deutschland als potentiell konkurrierendes Kraftzentrum in den Blick. Ganz gewiß werde dem wiedervereinigten Deutschland der "westeuropäische Smoking" schon bald zu eng, prognostiziert Sjuganow: Möglicherweise stünden wir nach der Abfolge dreier Reiche heute am Beginn der Formierung eines vierten Reichs. Jedenfalls verfüge Deutschland geopolitisch über alle Trümpfe "für die Rolle des Organisators eines eigenständigen mitteleuropäischen Großraums".

Die geopolitisch begründeten großrussisch-imperialen Zuspitzungen Sjuganows, der sich 1991 persönlich stark in nationalistischen Organisationen engagiert hatte, sind zwar nicht unbedingt repräsentativ für die Gesamtpartei und werden von der KP-Orthodoxie gelegentlich sogar scharf kritisiert. Sie demonstrieren jedoch die klare Distanzierung der KPRF von Vorstellungen einer internationalen Ordnung, die sich auf Interdependenz und Partnerschaft auf der Basis "allgemeinmenschlicher Werte" (Gorbatschow) gründet. Insofern hat die zunächst überraschende Tatsache, daß das Programm so unterschiedliche Politiker wie Trotzki und Jelzin in einem Atemzug verdammt, durchaus ihre innere Logik: Beiden wird vorgeworfen, Rußland in der internationalen Staatengemeinschaft aufgehen zu lassen - der eine über die Weltrevolution, der andere durch seine Eingliederung in die Weltzivilisation.

Konkrete Handlungsmuster und mögliche Konsequenzen

Angeichts des Programm-Mixes bleiben Charakter und politisches Profil der KPRF ebenso unklar wie ihre voraussichtlichen konkreten Handlungsmuster nach einem wahrscheinlichen Wahlerfolg bei den Dumawahlen vom Dezember 1995. Die Ursachen für diese Unschärfe liegen nicht zuletzt darin, daß die Erwartungen von Mitgliedern und Wählern durchaus differieren: Während das Gros der *Mitgliedschaft* eher auf die Verfolgung einer harten linksnationalistischen Linie drängt, scheint die Mehrheit der *Wähler* weniger an der Realisierung ideologisch-politischer Leitlinien interessiert als an einer Verbesserung ihrer sozialökonomischen Lage. Hier zeichnen sich in der KPRF politisch-programmatische Sollbruchstellen ab, die in der Opposition verdeckt werden können, die bei einer Einbeziehung in die (Mit-)Verantwortung jedoch offen zutage treten und die Partei vor große Integrationsprobleme stellen würden.

Vor diesem Hintergrund lassen sich für die voraussehbare Zukunft - und das sind in Rußland kaum mehr als zwei bis drei Jahre - immerhin einige Voraussagen machen. Auf der einen Seite wird sich die KPRF voraussichtlich nicht auf den evolutionären Weg einer Sozialdemokratisierung begeben, wie manche Beobachter im Westen und in Rußland selbst vermuten. Die Vorbehalte gegenüber der Sozialdemokratie sind aus der Entstehungsgeschichte der KPRF durchaus verständlich: Während die Parteien von Brazauskas (Litauen), Horn (Ungarn), Kwæniowski (Polen) und Weiss (Slowakei) in Ostmitteleuropa aus den Reformflügeln der jeweiligen KPen hervorgingen, konstituierte sich die KPRF 1990 gerade umgekehrt als *Widerpart* zur Perestrojka Gorbatschows.¹ Bezeichnenderweise finden sich in der KPRF-Wahlplattform vom August 1995 auch keinerlei Hinweise auf eine Nähe zu Geschichte, Programmatik und Politik der internationalen Sozialdemokratie. Hinzu kommt, daß die fehlende Aufarbeitung der KPdSU-Geschichte eine Barriere gegen eine fundierte Akzeptierung der Prinzipien von Demokratie und Pluralismus im allgemeinen und eine Annäherung an die Grundwerte der Sozialdemokratie im besonderen bildet.

Auf der anderen Seite scheint aber auch das Urteil jener Beobachter aus Rußland und dem Westen voreilig, die die KPRF kurzerhand als eine Partei der totalitären Revanche charakterisieren. Denn zum einen hat sich die KPRF bei allen taktischen Übereinkommen deutlich von den linksextremen KP-Gruppierungen abgegrenzt - insbesondere in der Frage von Gewalt und Revolution. Das Wort "Kommunismus" taucht in der Wahlplattform überhaupt nicht mehr auf, und Lenins Verdienste werden dort auf die "Wie-

¹ Aus der Sicht des Perestrojka-Vorkämpfers vgl. dazu M. Gorbatschow, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 511-520 und S. 1053 ff.

derherstellung des mächtigen Staates nach dem Zusammenbruch des Zarismus im Jahre 1917" reduziert.¹ Darüber hinaus ist zu bedenken: Der Erfolg der KPRF liegt gerade darin, daß sie die Interessen all jener Gruppen bedient, die sich in ihren Wertevorstellungen und materiellen Lebensbedingungen von den Umbrüchen des Jelzin-Regimes negativ betroffen fühlen. Diese Gruppen wollen mehrheitlich jedoch kein einfaches Zurück zum Realsozialismus sowjetischen Typs. Vielmehr unterstützen sie eine Politik, die sich soziale Gerechtigkeit, die Durchsetzung von Recht und Ordnung sowie die Wiederherstellung Rußlands als respektierte und einflußreiche Großmacht zum Ziel setzt.² Die KPRF würde die Mehrheit ihrer Wähler und erhebliche Teile ihrer Mitglieder verlieren, würde sie sich zu einer Partei des Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution zurückentwickeln. Symptomatisch für diese Situation ist das für westliches Empfinden zunächst äußerst widersprüchliche Ergebnis der Doppelwahlen von Wolgograd: Während die Wähler den Kommunisten bei den Stadtratswahlen vom Oktober 1995 mit 21 von 24 Mandaten einen überragenden Triumph verschafften, votierten sie mit 62 Prozent gleichzeitig für einen Oberbürgermeister der jüngeren Generation, der als überzeugter Anhänger angepaßter Reformen gilt. Offenbar schätzten die Wähler das auf Ordnung, Stabilität und begrenzte Reformen zielende professionelle Wirken des bisherigen Amtsinhabers Tschechow, suchten ihn dabei aber zugleich zu einer Politik zu drängen, die soziale Aspekte stärker in den Vordergrund rückt. Angesagt ist in Wolgograd somit nicht Revolution, sondern Kooperation, zu der sich beide Seiten bezeichnenderweise auch sogleich bereit fanden.³

So entzieht sich die KP jedem im Westen geläufigen Rechts-Links-Schema. Legt man stattdessen die für das Rußland von heute eher angemessene Einteilung in Parteien staatsorientierter Richtung einerseits und liberaldemokratischer Prägung andererseits zugrunde, so wäre die KPRF eindeutig dem zuerst genannten Parteientyp zuzuordnen. Ihre Spezifik gegenüber den anderen nationalpatriotischen Parteien besteht vor allem in einer selektiven Beimischung kommunistischen und "sozialdemokratischen" Gedankenguts. Herausgekommen ist dabei eine Programmatik, die in ihrer Widersprüchlichkeit und Eklektik ihresgleichen sucht: Sie verbindet herkömmlichen Marxismus mit demokratischem Pluralismus; dialektischen Materialismus mit orthodox-religiösen Werten; starke Staatsmacht mit Selbstverwaltungskonzepten; Inflationsbekämpfung mit breiter Subventionsstreuung; ökologisch ausgerichtete "nachhaltige Entwicklung" mit Produktivismus und unbegrenztem Wachstum; traditionellen Internationalismus mit großrussischem Nationalismus. Auch die Symbole der KPRF sind - teilweise leicht variiert - noch immer die alten: die Rote Fahne, die Internationale, die Losung "Proletarier und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" Die tatsächliche Politik der Partei dagegen hat sich von diesen Symbolen längst gelöst: Im Vordergrund steht für sie die Wiedergeburt Rußlands als Großmacht eines spezifischen Zivilisationstyps, die das geopolitische Kraftzentrum im eurasischen Raum bildet. Folgerichtig strebt die KPRF in ihrer Wahlplattform die Formierung eines "volkspatriotischen Blocks" an, der nicht zuletzt die Aufgabe hat, einen gemeinsamen Kandidaten für die im Juni 1996 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen zu bestimmen und eine "Regierung des Volksvertrauens" zu bilden.⁴ Zu diesem Block gehört die der KPRF programmatisch verwandte Agrarpartei, eine Lobbyformation des konservativen agrarindustriellen Komplexes; Sjuganow zufolge haben sich beide Parteien in 40 Prozent der Wahlkreise auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt.⁵ Darüber hinaus zählt die KPRF zu dem von ihr anvisierten Block all jene Formationen, die wie sie auf eine staatsorientierte nationalpatriotische Linie ausgerichtet sind: den "Kongreß Russischer Gemeinden" um Skokow und Lebed, den Wahlblock "Die Macht dem Volke" von Ex-Ministerpräsident Ryschkow und die "Großmacht"-Bewegung um Ex-Vizepräsident Ruzkoj.

Wie wird die konkrete Politik einer gestärkten und möglicherweise in die Regierungsverantwortung

¹ A.a.O., S. 8.

² Vgl. hierzu V. Šejnis, Kakim stanet sledujuščij parlament?, in: Segodnja, 14.9.1995; sowie A. Cipko, Počemu partija Gennadija Zjuganova moţet pobedit' na dekabr'skich vyborach, in: Nezavisimaja gazeta, 9.11.1995.

³ Ausführlich hierzu N. Dulina/V. Tokarev, Municipal'nye vybory v Volgograde, Wolgograd, Oktober 1995 (Manuskript). Ähnlich A. Serenko, Itogi gorodskich vyborov: vsem veselo, vse smejuťsja, in: MIG (Wolgograd), 20.10.1995.

⁴ A.a.O., S. 6. Ähnlich Zjuganov in seiner Rede zur Feier der Oktoberrevolution, siehe I. Dunaev, a.a.O.

⁵ O. Krjuček, Gennadij Zjuganov rasčityvaet na bol'sinstvo v parlamente, Segodnja, 19.5.1995.

einbezogenen KPRF jenseits aller Rhetorik tatsächlich aussehen? Die Antwort auf diese Frage fällt insofern schwer, als die Programmatik der Partei weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Felde klare Aussagen macht und Sjuganow vor ausländischem Publikum anders redet als in Rußland selbst. Während er hier eine harte Linie vertritt, sucht er im Ausland den Eindruck zu erwecken, daß eine Regierungsbeteiligung der KP keine grundstürzenden Änderungen mit sich bringen werde. So betonte Sjuganow im einem Gespräch mit amerikanischen Geschäftsleuten vom Oktober 1995, die KPRF werde die Fehler der KPdSU nicht wiederholen und der Gesellschaft kein Monopol auf Wahrheit, Macht und Eigentum aufzwingen.¹ An anderer Stelle trat der KPRF-Chef gegenüber ausländischen Gesprächspartnern für gemischte Eigentumsformen, für massive Steuersenkungen zwecks Produktionsstimulierung sowie für feste Garantien zur Förderung und zum Schutz ausländischer Investitionen ein (wobei er die einschlägigen vorteilhaften Bedingungen in China als geradezu vorbildlich für Rußland charakterisierte). Mit der internationalen Staatengemeinschaft, darunter auch dem Westen, könnten "die besten Beziehungen" bestehen - vorausgesetzt, Rußland werde in seiner historischen Rolle als zentraler Faktor des Gleichgewichts zwischen Ost und West respektiert. Bei der gleichen Gelegenheit beklagte sich Sjuganow, die russischen Demokraten zeichneten im Ausland ein völlig falsches Bild von ihm. Nirgends habe er den Eindruck gehabt, daß er jemandem Angst einflöße - weder in Washington bei seinen Gesprächen

¹ NTV, 22.10.1995.

in State Department und Senat noch bei seinen Auftritten im Europarat, in der französischen Nationalversammlung und in Tokio.¹

Die Zusicherungen des KPRF-Chefs sind sicher zu rosig, als daß sie zum Nennwert genommen werden könnten. Gewiß wird sich die KPRF in ihrem praktischen Handeln keineswegs strikt von ihren Programmvorgaben leiten lassen, sondern bei der Durchsetzung von Teilzielen zu Pragmatismus und Kompromiß bereit sein. Dies demonstrierte sie bei den Verhandlungen über den nationalen Haushalt ebenso wie bei ihren Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort. Vermutlich wird der KPRF im Falle einer Machtbeteiligung auch keine erneute Vollverstaatlichung der Produktions- und Austauschmittel sowie keine umfassende Neuverteilung des Eigentums vornehmen: Dies würde auf eine von der Sjuganow-KP (und der Bevölkerungsmehrheit insgesamt) strikt abgelehnte gewaltsame Konfrontation hinauslaufen und wäre angesichts der bereits erfolgten weitreichenden Umschichtungen des Eigentums sowie der wachsenden Autonomie der Regionen gegenüber der Moskauer Zentrale wahrscheinlich überhaupt aussichtslos.²

Zugleich würde die KPRF jedoch auf die Durchsetzung solcher Maßnahmen dringen, die den Wirtschaftsreformprozeß insgesamt abbremsen oder sogar zum Stillstand bringen. Hierzu gehört ihr entschiedener Widerstand gegen jegliche Ausweitung des Rechts auf privaten Besitz an Grund und Boden (was u.a. ausländische Investoren von massivem Engagement in Rußland abhält). Darüber hinaus würde die KPRF solche Bereiche der Wirtschaft in staatlicher Regie halten oder renationalisieren, die für das Land strategische Bedeutung haben: Schlüsselindustrien, Energie, Transport, Kommunikationswesen.³ Schließlich würde die Partei ihre Versprechungen wahrzumachen versuchen, umfangreiche Subventionen für die notleidenden Zweige der nationalen Industrie bereitzustellen und die Mittel für Mindestlöhne, Renten, Gesundheit, Bildung und sonstige Sozialleistungen drastisch zu erhöhen.⁴ Da die aufgeblähten Staatsausgaben sich kaum inflationsneutral finanzieren ließen, würde mit einer solchen Rückkehr zur Verteilungswirtschaft aller Voraussicht nach ein Inflationsschub ausgelöst, der in seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen nur schwer kontrollierbar wäre.

Welche Folgen hätte all dies für das Verhältnis Rußlands zum Westen? Die einschneidendste Konsequenz läge darin, daß sich das Konzept der Partnerschaft mit Rußland ("Partnerschaft für den Frieden" mit der NATO, Vertrag über "Partnerschaft und Kooperation" EU-Rußland) so nicht verwirklichen ließe. Denn dieses Konzept ist nicht von geopolitischen und zivilisationsbestimmten Kriterien geprägt, von denen sich die KPRF zunehmend leiten läßt. Vielmehr geht es aus von einer weitgehenden Übereinstimmung in den Grundwerten und Prinzipien der politischen Demokratie, von kompatiblen Wirtschaftsordnungen und engen ökonomischen Verflechtungen, von komplementären außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Droht also eine Neuauflage des alten Konfrontationskurses, falls die KPRF in Zukunft Einfluß auf die Politik Rußlands gewinnt? Dies ist keineswegs zwangsläufig. Zwar werden sich bereits heute schwelende Konflikte voraussichtlich verschärfen, z.B. im Hinblick auf die Zukunft der GUS-Länder, auf die internationale Zuordnung Ostmitteleuropas, auf die nukleare und konventionelle Abrüstung. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen wird jedoch keine russische Führung, welches Programm auch immer sie vertritt, eine ungebremste Abschottung gegenüber dem Westen durchhalten oder auch nur anstreben. Nicht Partnerschaft, sondern ein Kurs zwischen Kooperation und Konflikt - dies dürfte vermutlich die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen unter einer von den Kommunisten maßgeblich beeinflussten Regierung bestimmen.

Heinz Timmermann

¹ "Socialismo col mercato e meno tasse", Interview von M. Tulanti mit G. Sjuganow, in: l'Unità (Rom), 31.10.1995.

² Vgl. hierzu K. Ljubarskij, Sto dnei neokommunizma, in: Novoe Vremja (Moskau), Nr. 42/Oktobre 1995, S. 8 f.

³ Vgl. dazu die Wahlplattform, a.a.O., S. 6.

⁴ Ebenda, S. 4 ff.